

»Eine Vertrauensbasis darf man nicht missbrauchen«

Im Interview mit Erwin Lanc erinnert sich der langjährige politische Weggefährte Bruno Kreiskys an Aufstieg und Erfolg der SPÖ und zieht Bilanz über das Kreisky-Jubiläumsjahr und die sich verändernde Rezeption einer politischen Ära. Für die heutige Sozialdemokratie wünscht sich Lanc, aus Kreiskys Politik zu lernen, um die Dinge anders angehen zu können, als in den letzten knapp 30 Jahren. Das Interview wurde für die ZUKUNFT von Alessandro Barberi und Ludwig Dvořák geführt.

ZUKUNFT: Am 11. Jänner wäre Bruno Kreisky 101 Jahre alt geworden. Damit ist das Kreisky-Gedenkjahr zu Ende gegangen. Was ist Deine Bilanz und was ist für Dich das Wichtigste an diesem Jubiläum gewesen?

Erwin Lanc: Das Gedenkjahr ist eigentlich wesentlich besser gelaufen, als wir uns das vor anderthalb Jahren im Vorstand des Kreisky-Archivs erwartet hatten, auch medial. Die durchaus nicht – auch nicht durch Inserate – von uns abhängigen Medien haben sehr ausführlich und relativ objektiv berichtet. Das Jubiläum hat für die breite Öffentlichkeit damit auch eine Gelegenheit geboten, darüber nachzudenken, dass man die Dinge politisch anders angehen kann, als es seit dem Ende der Regierung Kreisky gemacht wurde. Das betrifft ja nicht nur die letzten zehn Jahre, auch wenn manche heute jene Weisheit entwickeln, die sie damals nicht zur Verfügung hatten.

So ein Jubiläum ist natürlich auch immer Anlass, Geschichte Revue passieren zu lassen. Du bist 1966 erstmals in den Nationalrat eingezogen ...

Ja, das war eine der vielen Geschichten des Listenwahlrechts. Eigentlich war ja der Wiener Parteiobmann und Finanzstadtrat Felix Slavik Listenerster in meinem Wahlkreis und Parteivorsitzender Pittermann hatte ihm in Aussicht gestellt, im Falle eines Wahlsiegs Finanzminister zu werden. Die große Wahlniederlage und die absolute Mehrheit der öVP machte diese Pläne zunichte und Slavik wollte nun natürlich in Wien bleiben. Und so bin ich als Listenächster in den Nationalrat eingezogen.

Wie hast du die Reaktion auf diese Niederlage erlebt?

Direkter Ausfluss dieser tief empfundenen Enttäuschung über das Wahlergebnis, aber auch des Olah-Konflikts war der Parteitag 1967. Man darf nicht vergessen, welche Enttäuschung und welche Risse damals bestanden: In meinem Bezirk, Margareten, hat die neu gegründete Partei Olahs auf Anhieb 7,8% der Stimmen erhalten! Zugleich gab es in den Bundesländern einen Trend zur Föderalisierung der Partei. Der Vorwurf war, dass zwar in Wien alles entschieden würde, in den Bundesländern aber die Konsequenzen zu tragen wären. Der Parteitag 1967 wurde so zur Abrechnung mit jenen, die man, ob nun zu Recht oder zu Unrecht, für die Niederlage 1966 verantwortlich machte. Als Jungspund mit 36 Jahren hielt ich Ausschau, wer folgen könnte, wenn Pittermann nicht mehr gewählt würde. Auch wenn ich zu ihm ein gutes Verhältnis hatte und mir sehr missfiel, wie er in der Auseinandersetzung mit Olah angegriffen worden war, war ich Realist genug, um zu erkennen, dass Pittermann nicht zu halten war und für die Partei auch keine Zukunftsperspektive brachte.

Welche personellen Alternativen bestanden?

Einige Bundesländerorganisationen haben Hans Sima aus Kärnten ins Spiel gebracht. Das war sicher ein Riesenvorteil für den zweiten gehandelten Bundesländer-Kandidaten, Bruno Kreisky. Der galt als niederösterreichischer Vorsitzender nicht als Wiener, er galt nicht als Pittermann-Loyalist, was ihm auch viele angekreidet haben, und er war Obmann der zweitstärksten Landesorganisation. Das war eine günstige

ge Voraussetzung für ihn. Gemeinsam mit seinen nicht näher zu begründenden persönlichen und intellektuellen Voraussetzungen hat mich das dazu bewogen, ihn voll und ganz zu unterstützen.

Die Wiener Landesorganisation war ja mehrheitlich nicht für Kreisky?

Meine Unterstützung für Kreisky hat mir in Wien sicherlich nicht nur Freunde gebracht. Es hat ja in einigen Bezirken schon aus meiner Zeit in der Sozialistischen Jugend, wo ich mit Ernst Nedwed und Edgar Schranz am linken Flügel stand, Vorbehalte gegeben. Meine Unterstützung für Kreisky hat manche Ressentiments gegen mich dann noch verstärkt und das sollte sich auch Jahre später noch auswirken. Es bestand aber in Wien keine einheitliche Haltung. In meinem Bezirk z. B. habe ich auf der Bezirkskonferenz eine Testabstimmung gemacht: Fast auf die Stimme genau war die Hälfte für Kreisky, die andere Hälfte für Pittermann. Ich habe das dann so gelöst, dass ich für Kreisky gestimmt habe und unser zweiter Delegierter, unser Bezirkssekretär, der ohnehin mehr Pittermann zugeneigt war, dessen Linie verfolgen sollte. Und so wie es bei mir im Bezirk war, war es in ganz Wien. Vielleicht haben die Bemühungen von Schranz, mir und anderen dazu beigetragen die Wiener Stimmen für Kreisky von 40 auf 50% zu heben, mehr war es nicht.

Und der Parteitag selbst?

Der war sehr lebendig, die Gewerkschaftsfraktion war ja noch gegen Kreisky, dessen Gegenkandidat am Parteitag Hans Czettel hieß. Der war vorgeschickt worden, als absehbar wurde, dass Pittermann nicht zu halten war. Ich mochte ihn persönlich gerne, aber er war eben nicht annähernd so gut geeignet wie Kreisky. Es war also spannend. Edgar Schranz und ich sind dann Kreisky kurz vor der Abstimmung am wc begegnet und ich habe optimistisch gemutmaß: »50 Prozent der Wiener hast du, das wird sich ausgehen«. Darauf meinte er: »Ich

weiß gar nicht, ob es gut ist, wenn ein Jude Parteivorsitzender wird.« Worauf ich nur sagen konnte: »Du, das kann doch heute keine Rolle mehr spielen.« Er darauf: »Ja, das haben sie beim Bauer auch geglaubt.« Das hat ihn offenbar emotional wirklich beschäftigt. Kreisky hat dann 70 Prozent der Stimmen bekommen. Daran muss ich immer denken, wenn manche heute jammern, dass ein Vorsitzender weniger als 99,9 Prozent der Stimmen bekommt. Man kann nicht den Verfall demokratischer Sitten beklagen und dann immer volksdemokratische Ergebnisse verlangen.

Von der großen Niederlage 1966 und dem Parteitag 1967 hat es die SPÖ unter Kreisky bis 1970 zur relativen Mehrheit geschafft. Was war dafür ausschlaggebend?

Nun, wir haben natürlich im Parlament gute Presse gehabt, das war ja neu, dass es eine starke Opposition gibt und das haben wir genutzt. Aber ganz entscheidend war die Programmarbeit. Zum einen natürlich inhaltlich und als politische Orientierung. Ich glaube aber, was man meiner Meinung nach völlig unterschätzt und was auch in der mir bekannten Literatur keine Erwähnung findet, ist die innerparteiliche Wirkung des Programms. Kreisky ist es mit der Programmarbeit gelungen, eine doch einigermaßen gesplante Partei zu einen. Man muss sich vor Augen halten: Es gab eine Abspaltung Olah und 30 Prozent der Parteitagsdelegierten waren gegen Kreisky. Wenn ich das, was nicht ganz zulässig ist, zusammenrechne, sind das mehr als ein Drittel. Durch die Inhaltsarbeit wurden jetzt auch die Kreisky-kritischen Kräfte eingebunden, man hat ihnen auch in der Debatte Beachtung geschenkt. Und insofern war das ein Integrationsprozess und das war für die Kampfkraft wahrscheinlich wichtiger als alles andere.

Also die solide programmatische Klarheit war Voraussetzung des Erfolgs?

Die organisatorische Schwungkraft der Partei war sicher in höherem Maße gegeben als vor Ausbruch der Olah-Krise.

Und es war allen, die zur Wahl gegangen sind, klar, was sie da wählen. Die Programme haben alle gesellschaftlich wesentlichen Bereiche abgedeckt. Den Menschen war klar: Wenn wir die wählen, dann machen sie das. Das haben sie uns auch geglaubt. Das hat man dann bei den Neuwahlen 1971 gemerkt. Da haben die Leute gesagt: »Das haben sie jetzt gemacht und wenn wir sie wieder wählen, dann werden sie den Rest auch machen.« Daran konnte auch der Ölpreisschock 1973, der ja auch in Österreich eine kurze Rezession bewirkt hat und verheerende Auswirkungen auf die Leistungsbilanz hatte, nichts ändern.

Es war eine Vertrauensbasis da, die darf man eben nicht missbrauchen, dann wird auch akzeptiert, wenn man auf Unvorhergesehenes reagieren muss. Sachen wie der autofreie Tag waren ja nicht populär, aber man hat uns abgenommen, dass das jetzt notwendig ist. Weil wir ansonsten Wort gehalten haben und viele, spürbare Verbesserungen vorgenommen haben. Nur ein Beispiel: Als ich 1973 Verkehrsminister wurde, konnten 250.000 Menschen überhaupt keinen Telefonanschluss bekommen, weil die Infrastruktur fehlte. Als ich 1977 Innenminister wurde, war das bereits gelöst.

Eine Partei, die vor der Wahl etwas verspricht und nach der Wahl ihre Versprechen umsetzt – das geht heute ja vielen schmerzlich ab. Dabei gab es ja auch in der Ära Kreisky viele hoch umstrittene Themen. Woher kam diese Energie, dieses große Reformprogramm abzuarbeiten?

Also da hat natürlich die Interpretationsfähigkeit des Parteivorsitzenden eine sehr große Rolle gespielt, obwohl die vielleicht in der Nachbetrachtung sogar fast überschätzt wird. Aber es wurde auch immer der Kontakt gesucht. Beim Budget gab es unumstößliche Grundsätze: Das Budget war fristgerecht zur Behandlung im Parlament. Dann hatten die Minister offen in die Ausschussberatungen zu gehen. Und wenn die Beratungen Montag bis Donnerstagabend waren, dann sind ab Donnerstagabend bis Sonntagabend alle Regierungsmit-

glieder, jeder Minister, jeder Staatssekretär, aufgebrochen und durch die Lande gezogen und haben erläutert, was wir mit diesem Budget vorhaben. Nur als Beispiel, so wie ich haben das alle gemacht: Ich bin um acht Uhr Früh in Gaweinstal gestartet und in 16 Stationen über Drasenhofen bis Laa an der Thaya, wo dann am Abend die Schlusskundgebung vor 2.000 Leuten war. Und da habe ich dann eben erklärt, was wir machen und was wir nicht machen. Es war ja auch nicht so, dass wir alles auf einmal hätten machen können. Da habe ich dann halt gesagt, »soundso viele Telefone gibt es bei euch, soundso viele können noch keinen Anschluss bekommen. Als erstes machen wir jetzt aber Wiener Neustadt und Sankt Pölten, weil da amortisieren sich die Investitionen in zwei Jahren und bei Euch erst in zwanzig Jahren, und darum machen wir es zuerst dort und mit dem Geld machen wir es dann in zwei Jahren bei Euch.« Und mein Sekretär hat unsere Nummer verteilt. Falls etwas nicht klappte, konnte man sich umgehend bei uns melden.

Also ihr habt stark auf den persönlichen Kontakt gesetzt?

Ja, das haben wir alle so gemacht, in allen Ressorts. Wir haben eine Viertelmillion Menschen jeden Herbst direkt angesprochen. Manchmal haben wir da auch etwas abgekriegt, so z. B. in Friesach, wo die Bundesbahn etwas verbrochen hatte. Es haben uns also nicht immer alle zugejubelt, also mir zumindest nicht, beim Bruno war das wahrscheinlich anders (*lacht*). Aber wir haben jedenfalls mitbekommen, was die Leute bewegt und umgekehrt haben wir erklären können, was wir alles machen, weil wir hatten da ja auch etwas zu erzählen. Die Menschen haben sich beteiligt gefühlt.

Erste Schatten auf die glänzende Ära fielen ja mit dem beginnenden Konflikt zwischen Bruno Kreisky und Hannes Androsch. Es wird ja häufig spekuliert, was für den Bruch ausschlaggebend war, ein persönlicher Konflikt, politische Differenzen, oder ein ganz unterschiedliches Bild über das korrekte Verhalten eines sozialistischen Politikers – Stichwort Consultatio?

Ich war ja nicht unbedingt ein Sympathisant von Hannes Androsch, aber wir hatten immer ein korrektes Arbeitsverhältnis. Der Konflikt mit Kreisky hatte natürlich mehrere Ursachen. Ein Konfliktstrang war sicherlich die Sache mit der Nationalbank. Kreisky hatte Androsch in der Nachfolge von Rudi Häuser 1975 zum Vizekanzler gemacht, Androsch wollte in die ÖNB wechseln [und deren Präsident werden, Anm.]. Kreisky hatte an sich schon kein gutes Verhältnis zu Banken, er hat es aber Androsch sicherlich besonders übel genommen, dass der es vorgezogen hätte, Bankmanager zu werden, obwohl er ihm den Weg an die Spitze von Partei und Regierung zu ebnen bereit war. Die Auseinandersetzung um die Consultatio war dann vielleicht noch der Tupfen auf dem i. Ich habe da keine abschließende Einschätzung aus eigener Wahrnehmung. Es war sicher ein Amalgam. Wenn einer einmal misstrauisch wird, dann nimmt er manche Sachen auch ernster.

Der Bruno war misstrauisch, er hatte ja in seinem Leben viele gute Gründe es zu werden. Auch mein erster Kontakt mit ihm Anfang der 60er-Jahre beruhte ja darauf, dass man ihm zugetragen hatte, ich hätte mich abfällig über ihn geäußert, was eine Verleumdung war. Anders als zwischen ihm und Androsch hat sich nach der entsprechenden Klärung unser Verhältnis dann aber gegenläufig ins Positive verändert.

Kannst du der These des Vater-Sohn-Konflikts etwas abgewinnen?

Naja, das klingt immer ganz g'schmackig. Aber ich meine schon, dass da eher politische Gründe und Fragen des Vertrauens ausschlaggebend waren.

Wenn wir von der Ära Kreisky reden, dann hat die Regierung ja sicherlich mehr fortschrittliche Reformen durchgesetzt als alle anderen seither zusammen. Wie war eigentlich die Partei in die Regierungsarbeit eingebunden?

Worum wir uns vielleicht damals zu wenig gekümmert haben war der Kontakt von den Sektionen, von den Bezirken zur

Wählerschaft. Die Vertrauensleute waren oft später informiert als die Leute, die bei unseren Direktveranstaltungen waren. Das betraf vor allem die Bezirke, ich selbst war ja seit 1966 Bezirksvorsitzender. Jetzt habe ich mich natürlich bemüht, auch bei mir im Bezirk alles offen zu berichten, auch dafür war ich ja in der Wiener Partei verschrien. Die haben mir immer vorgeworfen, dass ich zu demokratisch bin, das hat mir ja wieder nur Feinde gebracht (*lacht*). Dass ich einmal über mehrere Bezirksvorsteher-Kandidaten geheim abstimmen habe lassen, galt als Sakrileg. Aber das Problem hatten wir, dass viele Vertrauensleute geklagt haben: »Wir erfahren alles nur aus der Zeitung.« Die höher gestellten Funktionäre hatten einen anderen klagenden Sager: »Wenn Du einen Termin beim Kreisky brauchst, musst du beim vssstö Mitglied sein, dann wirst Du in die Löwelstraße eingeladen und bekommst auch noch ein Paar Würstel.«

Im Vorjahr ist Kreiskys Sohn Peter verstorben. Er hat ja auch in der SPÖ oft angeeckt, als er gegen den Ausschluss des SDS aus der SPD protestierte, gab es ja um Heinz Nittel Stimmen, die ihn ausschließen wollten. In dieser Frage hast du ja eine wichtige Rolle gehabt, wie war deine Wahrnehmung dazu?

Naja, also das soll man nicht überbewerten. Bei einer Tagung der Jugend-Internationale stand diese Frage des SDS am Programm und Peter hat entgegen der offiziellen Linie eben seinen Standpunkt vertreten. Der Heinz Nittel war ja damals hauptsächlich Jugendfunktionär, ich habe mich mit ihm bis zu seinem tragischen Ende persönlich immer gut verstanden, auch wenn wir politisch fast immer anderer Meinung waren. Er war mehr der kernige Parteisolddat und war da mehr für das schematisierte Vorgehen: »Hat gegen die Linie verstoßen, gehört raus.« Der Edgar Schranz, ich und andere haben halt den Standpunkt vertreten, dass wir eigentlich in der Wiener Partei keine Linie dazu brauchen, ob in Deutschland irgendwer zur SPD gehört oder nicht und dass sie sich das in der Jugend-Internationale ausmachen sollen. Das war's dann. Es war in anderen Fällen, in der ganzen Studentenfrage, wo Pe-

ter ins Schussfeld geriet, ja oft so, dass einige nur eine günstige Gelegenheit gesucht haben, um das gegen den Bruno einzusetzen.

Stichwort Partei – wie hat der Konflikt Kreisky-Androsch in die Partei hereingespielt? Wie waren da eigentlich die organisatorischen Kräfteverhältnisse?

Also es gab da meiner Wahrnehmung nach keine offenen Konflikte auf der Basisebene. Natürlich hatte Androsch in Wien wichtige Unterstützer: Benya und Firnberg und auch andere, die anders als Firnberg 1967 nicht für Kreisky waren. Aber da gab es keinen besonderen Tiefgang in der Wiener Partei. In Niederösterreich war der Charlie Blecha gut verankert und der war ja ein wichtiger Mitarbeiter von Kreisky. Aber im Grunde haben weder Kreisky noch Androsch versucht, Hausmacht zu mobilisieren.

Ein ganz wichtiges Interessensgebiet Kreiskys war ja die Außenpolitik. 1987 war die Aufgabe des Außenministeriums der Anlass, den Ehrenvorsitz der SPÖ zurückzulegen. Das ist ja eigentlich ein starkes Symbol, zumal es ja in der Wirtschafts-, Verstaatlichten- und Sozialpolitik Kurskorrekturen gab. Wieso war ihm gerade die Außenpolitik, so wie Dir, ein dermaßen großes Anliegen?

Seit dem Staatsvertrag war Kreisky einfach klar, wie unverzichtbar eine eigenständige Außenpolitik war. Er hat auch die verteidigungspolitische Komponente gesehen und hat eigentlich immer den Standpunkt vertreten, dass diese Bereiche nicht einer Partei allein überlassen bleiben dürfen. Deshalb hat er ja auch in der Alleinregierung parteilose Außenminister vorgeschlagen und hat das auch im Verteidigungsministerium versucht, bis das aufgrund der unsäglichen Waffenlieferungen von Lütgendorf ohne Genehmigungen und ohne Information des Regierungschefs nicht mehr zu halten war. 1983 war es dann so, dass Karl Blecha Interesse am Innen- und Heinz Fischer am Wissenschaftsminister angemeldet hat. Ich habe Kreisky, der ja bei der Regierungsbildung noch eine Rolle

spielte, vorgeschlagen, ins Außenministerium zu wechseln. Ich bin ja eigentlich als Internationalist zur sozialistischen Bewegung gestoßen und nicht als Fahrkartenzwicker der Bundesbahn. Und das Außenministerium entsprach meinen Neigungen, mehr als Polizeiminister zu sein.

Und was machte die Außenpolitik aus?

Einerseits als kleines Land eine Rolle in der Welt zu spielen, einen Beitrag zu Frieden und sozialer Entwicklung zu leisten. Beispiel Nahost: Das Oslo-Abkommen hätte es ohne Kreiskys Politik nie gegeben. Seither haben wir uns ja aus der Nahostpolitik gestalterisch völlig verabschiedet. Wir zahlen nur trottelhaft viel Geld an eine »Palestinian Authority«, die als korrupt gilt, aber gestalterisch tun wir nichts. Es fängt ja schon damit an, dass es gar nicht Oslo-Abkommen heißen würde, wenn sich die damalige Regierung nicht geweigert hätte, das Ganze in Wien stattfinden zu lassen.

Es geht aber natürlich auch um die Wahrnehmung eigener Interessen. In meiner Amtszeit ging es ja auch um den ganzen Themenkomplex des Hi-Tech-Exports. Man hat österreichischen Firmen Computer-Chips aus den USA verweigert und zur Bedingung gemacht, dass wir nicht nach Osteuropa liefern. Und während man uns hingehalten hat, haben US-Firmen selbst das Geschäft mit dem Ostblock eingefädelt.

Das habe ich publik gemacht und auch Kreisky war der Meinung, es sei notwendig, den Großen auch Grenzen aufzuzeigen. Sein Nachfolger war ja da leider anderer Meinung. Diese Sache hat es sicher erleichtert, mich dann als Außenminister abzulösen. Mittelfristig hatten sie ja damit recht, weil einen EG-Beitritt hätte es in dieser Form mit mir als Minister nicht geben können: Ohne wirksamen Neutralitätsvorbehalt und ohne eine vernünftige Regulierung des jetzt herrschenden Transitwahnsinns hätte ich das nicht unterschrieben. Da brauchte es die Außenpolitik eines Alois Mock und seiner Helfer in unseren Reihen.

Die große Regierungsumbildung im September 1984, in deren Zuge Du als Minister abgelöst wurdest, wird ja manchmal als bewusster symbolischer Bruch von Sinowatz mit der Ära Kreisky interpretiert. Würdest du das teilen?

Also ich meine schon, dass Sinowatz' Büroleiter Pusch, der großen Einfluss hatte, das unter diesem Gesichtspunkt gesehen hat. Der hat sinngemäß zum Sinowatz gesagt: »Du musst zeigen, dass Du Deine eigenen Spuren hinterlässt.« Da haben wohl auch andere zugeraten, ohne Benya z. B. wäre das alles sicher nie gegangen. Deshalb hat man ja dann auch möglichst viele abgelöst, damit es nicht so ausschaut, als wäre das gegen einen speziell gerichtet. Also so sehe ich das, natürlich ist man, wenn es einen selbst betrifft, noch weniger objektiv als sonst.

Sinowatz hat mir dann zwei Dinge vorgeschlagen: Ich solle als stellvertretender Klubobmann im Parlament »Aufpasser« von Klubobmann Sepp Wille sein, mit dessen Stil er nicht zufrieden war. Das habe ich abgelehnt. Erstens ging ich davon aus, dass im Klub niemand neugierig auf einen beschäftigungslosen Ex-Minister sein werde, für den alle Platz machen müssen und logischerweise wäre ja mein Verhältnis mit dem Sepp von Anfang an so belastet gewesen, dass ich die mir zugedachte Aufgabe hätte gar nicht wahrnehmen können. Ein zweiter Vorschlag war, ich sollte Poldi Gratz, den er als Außenminister berief, als Bürgermeister folgen. Das haben zwar auch manche in Wien wie der Rudi Edlinger vorgeschlagen. Auch das habe ich aber als sinnlos angesehen.

Die Rathäusler hätten mich nicht wollen und ich hätte mich nicht gegen die Krone durchgesetzt, die natürlich den Zilk favorisiert hat. Ich habe es als sinnlos erachtet und war der Meinung, dass meine Kandidatur nur die Wiener Partei beschädigen würde. Und so habe ich mich entschieden, in meinen Brotberuf zurückzukehren und bin dann dort bis zu meiner Pensionierung tätig gewesen. Das hat meine Lebensqualität bedeutend verbessert. Sonst wäre ich heute nicht 81 (*lacht*). Ich glaube aber nach wie vor, dass es politisch richtig war:

Als sozialdemokratischer Funktionär gehe ich dort in die Offensive, wo ich der Bewegung nutze. Eine aussichtslose Konfrontation, die ich persönlich verliere und nur der Bewegung schadet, bringt niemandem etwas.

Wie bewertest du rückblickend die Rezeption der Kreisky-Ära seit den 1980er Jahren? Das geflügelte Wort vom Schuldenkanzler – welche politische Funktion hatte das in deinen Augen? Und wie bewertest du die im letzten Jahr wieder deutlich positivere Darstellung?

Also ganz sicher hat es im Jubiläumsjahr eine deutlich realistischere Darstellung der damaligen Finanzpolitik gegeben: Der Schuldenstand gemessen an der Wirtschaftsleistung war selbst am Höchststand weniger als halb so groß wie heute. Warum kam es aber überhaupt zu dieser Verleumdung, um das Kind beim Namen zu nennen? Und warum haben das so viele auch aus unseren Reihen mitgetragen? Das beschäftigt mich natürlich schon sehr lange. Es gab meiner Auffassung nach einen politischen Anpassungsprozess an die Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher.

Das Tempo dieses Anpassungsprozesses war atemberaubend und hat zu einer Deregulierung des Welthandels und der Märkte geführt. In der Sozialdemokratie wurde »New Labour« populär. Unsere geistigen Nachwuchskräfte sind immer ganz begeistert nach London gefahren und noch begeisterter zurückgekommen, auch wenn wir heute wissen, dass die politisch nicht das Geringste zusammengebracht haben. Diese Leute hatten allesamt ein Interesse daran, zu erklären, dass alles was der Kreisky anders gemacht hat – und das war so gut wie alles – heute unmöglich sei, weil es zur Verschuldung führt.

Die eigene schlechte Politik sollte dadurch begründet werden, dass man den Kreisky dämonisiert. Jetzt erst beginnt ein erschreckend langsamer Erholungsprozess unter den verbliebenen Resten der europäischen Sozialdemokratie. Jetzt kommt man wieder drauf, dass man das, was man dereguliert hat, eigentlich wieder regulieren müsste.

Wie bewertest du den Umgang der Sozialdemokratie mit der Krise?

Ihr fehlt der Weitblick. Die Diskussionen, die es gibt, verstricken sich in Details, aber die grundlegenden Fragen, die geklärt werden müssten, werden nicht angegangen. Dass die Leute ordentlich verdienen müssen, damit etwas erwirtschaftet werden kann und dass die Finanzmärkte endlich reguliert werden müssen. Warum gibt es noch immer kein Instrument gegen die internationale Spekulation, mit Währungen, mit Aktien, mit Rohstoffen.

Die Sozialdemokratie bemächtigt sich des vorhandenen Wissens nicht und sie macht zu wenig den Eindruck, etwas ändern zu wollen. Vielleicht auch deshalb, weil sie dann der Wählerschaft erklären müsste, dass sie geirrt hat in den letzten Jahren. Richtige erste Schritte kann man aber nur setzen, wenn man weiß, wohin man gehen möchte. Den zweiten und dritten Schritt muss man schon vordenken, bevor man den ersten macht.

Bevor wir zum Ende kommen: Du warst ja lange Jahre wirtschaftspolitisch und parlamentarisch tätig. Wie stehst du zum aktuell heftig umstrittenen Konzept der Schuldenbremse in Verfassungsrang?

Damit sind ja zwei Punkte verbunden: Die Gläubiger des Staates zu vernünftigeren Konditionen zu bringen. Ob das dadurch wirklich erreicht wird, weiß ich nicht. Das zweite ist aber natürlich, dass damit die Budgethoheit des Parlaments erheblich eingeschränkt wird, auch für künftige Legislaturperioden. Ich kann mir das eigentlich nicht vorstellen, selbst wenn es formalrechtlich in einem Bauchaufschwung möglich sein sollte. Ich bin aber letztlich nie ein Freund von Regelungen, die festlegen, was rechtlich gerade noch möglich ist. Da geht die Lebendigkeit von Politik verloren.

Vielen Dank für das Gespräch!



ERWIN LANC

(*1930) wurde 1960 in den Wiener Gemeinderat und 1966 in den Nationalrat gewählt. 1973 wurde er Verkehrsminister der Regierung Kreisky, 1977 übernahm er das Innen-, 1983 das Außenministerium, das er bis 1984 leitete. Bis heute ist LANC friedens- und außenpolitisch sehr aktiv und war ab 1989 Präsident des Internationalen Instituts für den Frieden, dessen Ehrenpräsident er bis heute ist.